

Hintertür für Schramma?



Hitze vertragen die Kölner Moscheefreunde also auch nicht! Die DITIB-Funktionäre kündigen erst an, jetzt kleiner bauen zu wollen, dementieren anschliessend und dementieren etwas später wieder das Dementi. OB Schramma weiß auch nicht mehr, was er redet, soll zurücktreten, und die Antifademonstranten, die dem CDU-Mann zu Hilfe eilen wollen, vergessen in der Hitze die Nazis mitzubringen, gegen die sie demonstrieren wollen. Die globale Erwärmung hat Köln erreicht.

Aber immer schön der Reihe nach. Da wäre erstmal ein Beitrag im Express, demzufolge Fritz Schramma sich jetzt gewissermaßen an die Spitze der Moscheeskeptiker setzt:

Am Freitag hatte die Ditib angekündigt, die Minaretthöhe des geplanten Moscheebaus zu überprüfen. Am Samstag kam das Dementi. Das wurde auch widerrufen. Aber Oberbürgermeister Fritz Schramma (CDU) stellt fest: „Die Moschee muss kleiner werden.“

Kann man das glauben? Leider nicht. Was Schramma vorschlägt, geht nämlich gar nicht. Jedenfalls, wenn man Schramma glaubt. Der hatte nämlich vor gerade zweieinhalb Wochen, am 28. Juni, im *Kölner Stadtanzeiger* verkündet:

„Die architektonische Lösung im jetzigen Entwurf ist im Prinzip sehr gut. Man kann nicht einfach die Minarette kleiner machen.“

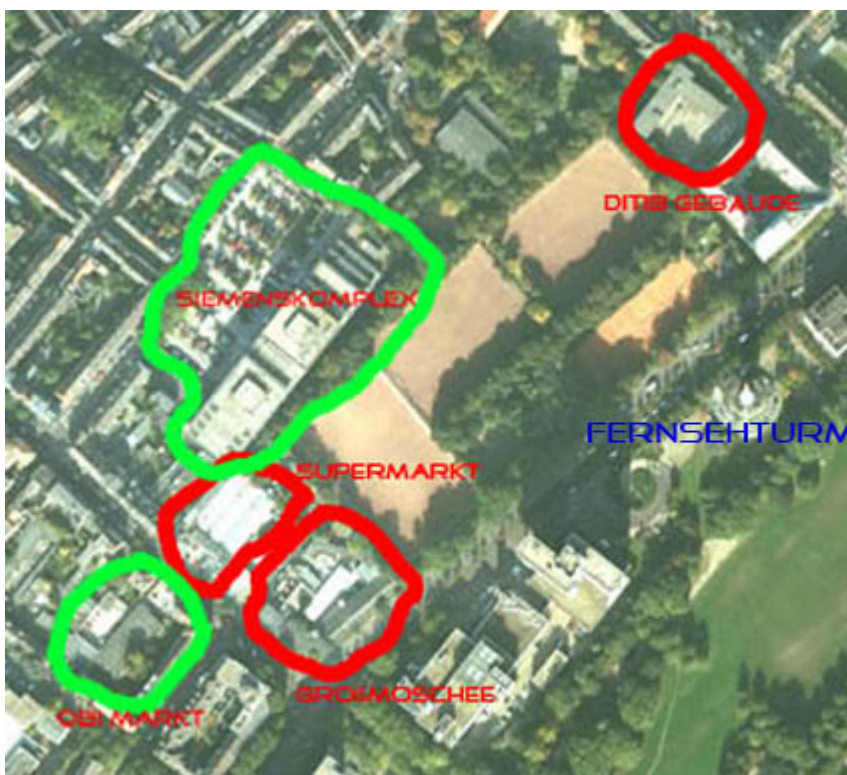
Warum es jetzt doch gehen soll, ahnt, wer im *Express* weiter liest:

In einer Umfrage stimmten die Kölner mehrheitlich gegen die Pläne. Mit einer kleineren Moschee wäre aber eine Mehrheit einverstanden. Schramma: „Dieses Potenzial ist eine Chance für die Ditib.“

Und auch eine vermutete Chance für Schramma und die hoffnungslos verunglückte Kölner CDU? Von den zweidritteln Kölner, die sich gegen den von Schramma durchgepaukten Moscheebau ausgesprochen hatten, würde eine Hälfte nämlich eine kleinere Moschee akzeptieren. Wie klein, das hatte die Umfrage des Stadtanzeigers allerdings offen gelassen.

Nicht nach Verkleinerungsabsichten klingt dagegen dies:

Über eine Anfrage der Ditib, die Sportplätze zwischen Moschee- und Philips-Gelände zur Baustelleneinrichtung und für ein großes Gebetszelt nutzen zu dürfen, hat die Stadt noch nicht entschieden.



Das Satellitenbild hatten wir ja schon. Da musste jedem der hässliche Fleck mitten in der zukünftigen Medina auffallen, der durch die Sportplätze gebildet wird. Ehrlich gesagt, wir hatten schon vermutet, dass die neuen Herren nach einem Weg suchen, sich die unter den Nagel zu reissen. Und die Stadt wird wohl zustimmen. Wer unbedingt eine Großmoschee will, muss auch die Voraussetzungen schaffen, dass sie gebaut werden kann. Wenn sie dann steht, wird sich wohl für die wenigen noch nicht türkischen Fußballvereine, die sich dort möglicherweise noch hin getraut hatten, eine Ersatzlösung im Sinne von Toleranz und Religionsfreiheit gefunden haben. Oder auch nicht. Von Sportfreiheit steht nichts im Grundgesetz.

Heute aber machten die Kölner Ratsherren erstmal Urlaub. Vom Urlaub. Denn die Fraktion *Pro Köln* hatte den Rat zu einer Sondersitzung einberufen lassen, um den Rücktritt von OB Schramma zu fordern. Die angekündigte vorangehende Mahnwache konnten wir leider nicht entdecken. Darüber war auch ein Grüppchen von sieben Antifaschisten (*Bild unten*) bitter enttäuscht, die angetreten waren, um ihren CDU-Oberbürgermeister notfalls mit dem Leben gegen den drohenden Staatsstreich der Rechtspopulisten zu verteidigen. Da sie auch, anders als in Heinersdorf, vergessen hatten, eigene Nazis zum dagegen demonstrieren mitzubringen, kam das liebevoll gestaltete „Stop Pro Köln“-Schild nicht zum Einsatz.



Aktueller Anlass für die Rücktrittsforderung waren die jüngsten staatsanwaltlichen Ermittlungen gegen Schramma und 100 weitere höhere Verwaltungsbeamte, städtische Aufsichtsräte und Ratsherren von CDU, SPD, FDP und Grünen, wegen fortgesetzter Veruntreuung von Steuergeldern für überteuerte Luxusreisen. Zusammen mit über 300 Millionen Schaden aus undurchsichtigen Geschäften um den Neubau von Messehallen (nicht zu verwechseln mit Großmoscheen!), ließ dies? die Stadtoberen nichts Gutes für den Weg zur Sitzung ahnen.

Um einem immerhin denkbaren Volkszorn zu entgehen, den auch sieben Antifakämpfer nicht hätten niederschlagen können, richtete die Stadt für alle, die ein schlechtes Gewissen hatten, einen unauffälligen aber gut, sogar von zwei Polizisten, bewachten Nebeneingang ein, um zur Ratssitzung gelangen zu können, ohne den belagert geglaubten Haupteingang nehmen zu müssen (*Bild ganz oben*).

Die Hintertüre war mit Bedacht gewählt. Wie man sieht, konnten sich die Sünder hinter dem Rücken des in Stein gehauenen Kardinal Frings (*vorne rechts im Bild*) ins Rathaus schleichen. Denn Frings hatte den Kölnern in der Nachkriegszeit zwar den Kohlenklau zur Lebenserhaltung (sogenanntes „Fringsen“) erlaubt, von der Plünderung der Steuerkasse für Luxusreisen aber nichts erwähnt.

Das menschenfreundliche Angebot des diskreten Zugangs wurde von zahlreichen Ratsherren dankbar angenommen.